

Stand: 30.01.2026 13:33:00

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6039

"Tierschutz in der Nutztierhaltung durchsetzen - Schmerzen bei Tieren erfassen und ihre Ursachen beseitigen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6039 vom 26.03.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/6725 des UV vom 10.04.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 52 vom 05.06.2025
4. Beschluss des Plenums 19/7725 vom 23.07.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 57 vom 23.07.2025



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach, Mia Goller, Laura Weber, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christian Hierneis, Ursula Sowa, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Tierschutz in der Nutztierhaltung durchsetzen – Schmerzen bei Tieren erfassen und ihre Ursachen beseitigen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Standards für die Veterinärbehörden zu den tierschutzrechtlichen Kontrollen um eine effiziente Prüfroutine ergänzt werden. Ziel soll sein, systematisch tierschutzrechtliche Verstöße anhand des Schmerzkriteriums zu erfassen. Schmerzen sind objektiv durch äußerlich sichtbare Merkmale feststellbar.

Je nach Schweregrad und Anzahl der festgestellten Beeinträchtigungen sollen die Veterinärbehörden konsequent Maßnahmen einleiten, damit die Ursachen der Schmerzen abgestellt und die Schmerzen behandelt werden.

Darüber hinaus soll eine neue Prüfroutine in einer Veterinärbehörde eines Landkreises für einen längeren Zeitraum getestet und ihre Praxistauglichkeit auf der Grundlage der Testergebnisse optimiert werden.

Begründung:

Die Menschen wollen, dass es den Tieren in den Ställen und auf den Weiden gut geht. Doch leider ist das trotz tierschutzrechtlicher Kontrollen oft nicht gegeben. Obwohl es umfassende Vollzugshinweise für amtliche Kontrollen zur Sicherstellung von tierschutzrechtlichen Vorschriften gibt, sind diese nicht ausreichend wirksam, um den Tierschutz durchzusetzen.

Denn heute kontrollieren die unteren Veterinärbehörden schwerpunktmäßig die Einhaltung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. Diese schreibt zum Schutz von Nutztieren zu Erwerbszwecken ihre Haltung vor. Das betrifft unter anderem Vorgaben zu Tränke- und Fütterungseinrichtungen, zur Lüftung, zur Beleuchtungsintensität, zu Temperaturen oder zum Platzangebot. Der Fokus auf die Ställe reicht nicht. Der Zustand der Tiere ist stärker in den Blick zu nehmen. In Bayern existiert eine Tierschutzleitlinie für Mastrinder und Mutterkühe, die jedoch explizit nicht für Milchkühe gilt.

Eine ergänzende Prüfroutine zur systematischen Erfassung von Schmerzen wäre ein rechtssicheres und effizientes Instrument, um Tierleid zu erkennen und den Tierschutz durchzusetzen. Nur so können auch die Vorgaben des Tierschutzgesetzes wie das Verbot von Schmerzen eingehalten werden.

Schmerzen sind anhand von äußerlich sichtbaren Merkmalen objektiv und schnell feststellbar. Aufbauend auf Erfahrungen der Veterinärbehörden sollten Schmerzen systematisch durch Stichproben festgestellt werden: Bei Hühnern zum Beispiel anhand von Brusthautveränderungen, Fußballenveränderungen, Fersenhöckerveränderungen oder

Hautverletzungen, bei Mastschweinen durch Ohrverletzungen, Hautverletzungen oder Klauenveränderungen oder bei Sauen durch Abschürfungen an der Schulter oder ein geschwollenes Gesäuge.

Auch bei Kühen sind Schmerzen feststellbar.

Um Schmerzen bei Kühen festzustellen, gibt es mehrere Anzeichen und Methoden:

Kühe mit Schmerzen zeigen ein charakteristisches „Schmerzgesicht“: Angespannte Gesichtsmuskulatur, Falten über dem Oberlid und an den Nasenlöchern, leerer Blick, Ohren nach hinten gerichtet oder hängend, weit geöffnete Nasenlöcher.

Weitere Anhaltspunkte, um bei Kühen Schmerzen festzustellen, sind:

Körperhaltung und Bewegung

- gesenkter Kopf
- aufgekrümpter Rücken
- Lahmheit oder vorsichtiges Laufen
- unkoordinierte Bewegungen oder Krämpfe
- Schwanz schlagen bei Schmerzen im hinteren Körperbereich

Verhalten

- verringerte Aufmerksamkeit und Interesse an der Umgebung
- Versuch, Begegnungen mit Menschen zu vermeiden
- Zähnekniere bei starken Schmerzen
- Kopf gegen Wände oder Gegenstände pressen
- Absonderung von der Herde
- reduzierte Futter- und Wasseraufnahme

Weitere Anzeichen

- kalte Ohren aufgrund zentralisiertem Blutkreislauf
- abgestellter Schwanz bei Schmerzen im Beckenbereich
- sichtbare Verletzungen oder Schwellungen, Lahmheiten, Klauenzustand
- Veränderungen in der Milchqualität bei Euterentzündungen

Es ist wichtig zu beachten, dass Kühe oft versuchen, Schmerzen nicht offensichtlich zu zeigen. Daher ist eine aufmerksame Beobachtung und Kenntnis dieser Anzeichen entscheidend für eine frühzeitige Erkennung und Behandlung von Schmerzen bei Kühen.

Nach einem zuvor festgelegten Schema sollen die Veterinärbehörden Maßnahmen anordnen, um die Ursachen der Schmerzen zu beseitigen. Damit werden die Haltungsbedingungen grundlegend verbessert. Das tut den Tieren gut und ist eine Voraussetzung für eine artgerechtere Tierhaltung.

Um ein praxistaugliches Prüfinstrument zu entwickeln, ist eine Testphase in einer unteren Veterinärbehörde in einem Landkreis sinnvoll.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/6039

Tierschutz in der Nutztierhaltung durchsetzen - Schmerzen bei Tieren erfassen und ihre Ursachen beseitigen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Paul Knoblach**
Mitberichterstatter: **Benno Zierer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 21. Sitzung am 10. April 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Alexander Flierl
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind augenscheinlich alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
 - Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 - Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Öffentliche Konsultation zur künftigen Strategie „KI anwenden“
09.04.2025 - 04.06.2025
Drs. 19/3237, 19/6917

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/6917 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



2. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Umwelt

Öffentliche Konsultation – Bioökonomie-Strategie: Auf dem Weg zu einer zirkulären, regenerativen und wettbewerbsfähigen Bioökonomie
31.03.2025 - 23.06.2025
Drs. 19/6344, 19/6916

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/6916 veröffentlichte Stellungnahme ab.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

Anträge3. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger,
Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Klare Signale des Rechtsstaats I: Beschleunigte Verfahren im Jugendstrafrecht auch für jugendliche Täter einführen
Drs. 19/5106, 19/6707 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

4. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger,
Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Klare Signale des Rechtsstaats II: Anhebung der maximalen Dauer des Jugendarrests von 4 Wochen auf 4 Monate
Drs. 19/5107, 19/6708 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

5. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Alfred Grob u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Klare Signale des Rechtsstaats III: Umfassende Studie zu den Ursachen der gestiegenen Jugendkriminalität sowie einer möglichen Absenkung des Strafmündigkeitsalters von gegenwärtig 14 Jahren
Drs. 19/5108, 19/6709 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

6. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Klare Signale des Rechtsstaats IV:
Anhebung des Strafrahmens bei Jugendstrafen
Drs. 19/5109, 19/6710 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

7. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u.a. und Fraktion (AfD)
Bundesregierung lässt afghanische Asylbewerber einfliegen – Rechtmäßigkeit und Auswirkungen des Bundesaufnahmeprogramms
Drs. 19/5500, 19/6711 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

8. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Einordnung von Lootboxen als Glücksspiel
Drs. 19/5646, 19/6712 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

9. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Werner Schießl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Akkreditierungsprozesse beschleunigen und vereinfachen Drs. 19/5676, 19/6703 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) „Kimm Hoam II“ – Anreizprogramm für die Rückverlagerung von Industrieproduktion nach Bayern Drs. 19/5836, 19/6764 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Rechtsstaatlichkeit statt Machtspielchen – Rundfunkfinanzierungsänderungsstaatsvertrag unverzüglich dem Landtag zuleiten! Drs. 19/5837, 19/6804 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beratungsangebote des Freistaates Bayern
zur Arbeitsmarkteingliederung
Drs. 19/5871, 19/6749 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

13. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier,
Gerd Mannes, Prof. Dr. Ingo Hahn und Fraktion (AfD)
Kühlflüssigkeit in Wärmepumpen
Drs. 19/5879, 19/6704 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

14. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel,
Alexander Flierl, Thomas Huber u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verbot von gesundheitsgefährdenden Stoffen
in temporären Kindertattoos
Drs. 19/5886, 19/6705 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier,
Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Freiheit und Privatsphäre schützen –
Recht auf Bargeld im Grundgesetz verankern
Drs. 19/5959, 19/6829 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Kostenexplosion Elternbeiträge verhindern –
Für eine echte Entlastung unserer Familien!
Drs. 19/5967, 19/6750 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
UN-Behindertenrechtskonvention als Richtschnur
bei politischen Entscheidungen einsetzen
Drs. 19/5968, 19/6751 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Mehr Eier für Bayern: Wie können Bayerns Konsumenten
vor zu hohen Eierpreisen unter anderem angesichts
der derzeitigen Krise in den USA geschützt werden?
Drs. 19/5969, 19/6719 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU Sachgerechten Umgang im Konfliktfeld Silberreiher, Fischerei und Artenschutz in Bayern durch solide Datenbasis sicherstellen!
Drs. 19/5970, 19/6720 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

20. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU Sachgerechten Umgang im Konfliktfeld Gänseäger, Fischerei und Artenschutz in Bayern durch solide Datenbasis sicherstellen!
Drs. 19/5971, 19/6722 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

21. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Prof. Dr. Ingo Hahn und Fraktion (AfD)
Klimaschutzpolitik auf Kosten des Handwerks?
Anhörung zu den Auswirkungen der nationalen CO₂-Abgabe auf das bayerische Bäckerhandwerk
Drs. 19/5977, 19/6723 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU Störzeiten durch Hochwasserlagen im Projekt der Landesanstalt für Landwirtschaft zum Gängesäger berücksichtigen, Fehlzeiten anhängen! Drs. 19/6032, 19/6724 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH

23. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht zur Versorgung psychisch kranker Wohnungsloser in Bayern Drs. 19/6034, 19/6752 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Tierschutz in der Nutztierhaltung durchsetzen – Schmerzen bei Tieren erfassen und ihre Ursachen beseitigen Drs. 19/6039, 19/6725 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

25. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zur Rolle und Bedeutung der Wasserkraft beim Klima- und Hochwasserschutz
Drs. 19/6042, 19/6726 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input checked="" type="checkbox"/>				
-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------

26. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas XI – Zugangshürden abbauen, Chancengerechtigkeit erhöhen
Drs. 19/6049, 19/6754 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input checked="" type="checkbox"/>				
-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------

27. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas XII – Stärkung der Familienorientierung
Drs. 19/6050, 19/6756 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input checked="" type="checkbox"/>				
-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------

28. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Petra Guttenberger, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Michael Koller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Holger Grießhammer, Dr. Simone Strohmayer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Erhalt der Erwachsenenbildung – Vorsicht bei Umsatzsteuerpflicht und Scheinselbstständigkeiten
Drs. 19/6152, 19/6755 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Artenhilfsprogramme stärken – für mehr Artenvielfalt in Bayern!
Drs. 19/6168, 19/6837 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Bürokratieabbau für kleine Mühlenbetriebe: Evaluierung der Pflicht zur externen Explosionsschutzprüfung
Drs. 19/6185, 19/6838 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

31. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
 Kooperativen Naturschutz entbürokratisieren und effizienter gestalten:
 Landwirte bei der Vergabe von Fördermitteln im Bereich
 der Landschaftspflege priorisieren!
 Drs. 19/6231, 19/6839 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

32. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
 Hände weg vom Grundgesetz – Keine undefinierbare Klimaneutralität
 in unserer Verfassung
 Drs. 19/6237, 19/6830 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Windkraftausbau und Naturschutz gemeinsam anpacken:
 Kartierung aller kollisionsgefährdeten Vogelarten
 Drs. 19/6329, 19/6840 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Für die Zukunft unserer Artenvielfalt: Bericht über die Zukunft
 des bayerischen Biotopverbundes
 Drs. 19/6331, 19/6841 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Holger Grießhammer, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Anhörung zu Veterinärkontrollen und wiederholten Tierschutzverstößen in Rinderhaltungen
Drs. 19/6374, 19/6842 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------------

36. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Weidepflicht für Ökobetriebe – Ausnahmen ermöglichen
Drs. 19/6483, 19/6820 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

37. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU Bürokratieabbau im Müllerhandwerk: Kleinere Betriebe bei der Explosionsschutzprüfung entlasten!
Drs. 19/6488, 19/6843 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach, Mia Goller, Laura Weber, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christian Hierneis, Ursula Sowa, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/6039, 19/6725

Tierschutz in der Nutztierhaltung durchsetzen – Schmerzen bei Tieren erfassen und ihre Ursachen beseitigen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Paul Knoblach

Abg. Dr. Petra Loibl

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Christin Gmelch

Abg. Benno Zierer

Abg. Florian von Brunn

Abg. Ruth Müller

Abg. Gabi Schmidt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tierschutz in der Nutztierhaltung durchsetzen - Schmerzen bei Tieren erfassen und ihre Ursachen beseitigen (Drs. 19/6039)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist der Kollege Paul Knoblach für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Paul Knoblach (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen: Die Menschen in unserem Land wollen, dass es den Tieren in den Ställen und auf den Weiden gut geht. Dokumentiert ist das in einem Gutachten – ich erwähne es immer wieder –, das bereits im Jahr 2015 im Auftrag der damaligen Bundesregierung erstellt wurde. "Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung" lautet die Überschrift.

Doch die Realität sieht leider oft anders aus. Trotz zahlreicher Kontrollen und klarer gesetzlicher Vorgaben werden immer wieder tierschutzwidrige Zustände aufgedeckt. Das zeigt: Unsere bestehenden Instrumente reichen nicht aus, um das im Grundgesetz verankerte Staatsziel Tierschutz wirklich durchzusetzen.

Warum ist das so? – Die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung – ein schwieriges Wort – und das Tierschutzgesetz machen zwar detaillierte Vorgaben zur Haltung, Fütterung und Pflege von Nutztieren. Doch in der Praxis konzentrieren sich die Kontrollen häufig auf die baulichen und technischen Standards der Ställe: Sind die Tränken sauber? Ist die Lüftung intakt? Ist das Licht ausreichend?

Das alles ist wichtig, greift aber zu kurz; denn der Zustand der Tiere selbst, ihr Wohlergehen, ihr Schmerzempfinden bleiben oft im Hintergrund. Deshalb: Schmerzen erkennen und Tierleid beenden!

Schmerzen bei Tieren sind kein abstraktes Thema, sondern lassen sich durch äußerlich sichtbare Merkmale objektiv feststellen, bei Hühnern etwa durch Veränderungen am Brustbein bzw. an der Brusthaut oder an den Fußballen, bei Schweinen durch Ohr- und Hautverletzungen, bei Sauen durch Abschürfungen an den Schultern. Auch bei Kühen gibt es klare Anzeichen: das sogenannte Schmerzgesicht – ich meine, jede Tierärztin und jeder Tierarzt kennt das –, ein gekrümmter Rücken, Lahmheit, Verhaltensänderungen wie Absonderung von der Herde oder reduzierte Futteraufnahme.

All diese Merkmale können und müssen systematisch erfasst werden. Doch bislang fehlt eine verbindliche Prüfroutine, die genau das zum Standard macht. Damit bleibt Tierleid unentdeckt und unbehandelt. Das widerspricht nicht nur dem Tierschutzgesetz, das es ausdrücklich verbietet, Tieren ohne vernünftigen Grund Schmerzen zuzufügen. Es widerspricht auch unserem gesellschaftlichen Anspruch, Tiere als Mitgeschöpfe zu achten und zu schützen.

Unser Antrag zielt auf eine effiziente Prüfroutine für mehr Tierschutz. Deshalb fordern wir: Die Standards für die tierschutzrechtlichen Kontrollen müssen um eine effiziente Prüfroutine ergänzt werden, die das Schmerzkriterium systematisch erfasst.

Konkret heißt das: Die Veterinärbehörden sollen bei ihren Kontrollen gezielt nach äußerlich sichtbaren Schmerzmerkmalen suchen und diese dokumentieren. Je nach Schweregrad und Anzahl der festgestellten Beeinträchtigungen müssen dann konsequent Maßnahmen eingeleitet werden, um die Ursachen der Schmerzen abzustellen und die Tiere zu behandeln.

Um die Praxistauglichkeit dieses Ansatzes zu testen – auch das ist Inhalt unseres Antrags –, soll eine neue Prüfroutine in einer Veterinärbehörde eines Landkreises

in Bayern über einen längeren Zeitraum hinweg erprobt und auf der Grundlage der Ergebnisse weiterentwickelt werden.

Warum ist das nötig? – Weil nur so sichergestellt werden kann, dass Tierleid frühzeitig erkannt und wirksam bekämpft wird. Weil wir damit den Tierschutz nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der täglichen Praxis stärken. Und weil wir damit die Landwirtinnen und Landwirte unterstützen, die ihre Tiere verantwortungsvoll versorgen und sich an die Regeln halten wollen; die ganz große Mehrheit tut das auch.

Tierschutz ist also kein Luxus, sondern eine ethische und rechtliche Verpflichtung. Mit einer systematischen Erfassung von Schmerzen und deren Ursachen schaffen wir ein effizientes, rechtssicheres und praxistaugliches Instrument, um Tierleid erkennen und beenden zu können. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass das Staatsziel Tierschutz endlich Wirklichkeit wird, zum Wohl der Tiere und für eine zukunftsfähige Landwirtschaft – ausdrücklich mit Nutztierhaltung – hier in Bayern. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung für diesen Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Petra Loibl für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Petra Loibl (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich festhalten, dass für die CSU-Fraktion und auch für mich persönlich jegliche Form von Tierquälerei absolut nicht hinnehmbar ist. Deutschland hat unbestritten eines der besten Tierschutzgesetze weltweit. Die CSU steht vollumfänglich dazu, Leben und Wohlbefinden unserer Tiere zu schützen. Der Kernsatz des Tierschutzgesetzes lautet: "Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen." Unser Ziel ist es, den Tierschutz in Bayern kontinuierlich zu verbessern, das heißt dort, wo es noch Probleme bzw. Verstöße gegen den Tierschutz gibt, diese unbedingt und sofort abzustellen.

Zu den angeblichen strukturellen Problemen bei Aufdeckung und Verfolgung von Tierschutzverstößen wurde im Umweltausschuss mehrmals ausführlich berichtet, sowohl mündlich als auch schriftlich, zudem im Rahmen der Beantwortung einer Vielzahl von Schriftlichen Anfragen und Anfragen zum Plenum.

Lieber Herr Kollege Knoblach, heute haben Sie es nicht getan, aber sonst wiederholen Sie gebetsmühlenartig – und tragen es wie eine Monstranz vor sich her –, wie sehr sie die Landwirtschaft, auch die Nutztierhaltung, unterstützen und wie sehr Sie hinter den Tierärzten, auch den Amtstierärzten, stehen. In Wahrheit ist es doch so: Sie wollen dieses Thema am Kochen halten. Sie skandalisieren und diskreditieren die Landwirte, insbesondere die Nutztierhalter, und unsere Tierärzte. Sie haben gerade wieder vor einer Fernsehkamera dazu gesprochen; ich habe noch das Wort "Tierleid" auffangen können. Wenn Sie so weitermachen, dann haben wir bald keine Landwirte, keine Nutztierhalter und keine Tierärzte mehr in unserem Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

All die in Ihrem Antrag genannten Punkte werden bereits vollumfänglich in die Kontrollen eingebunden. Ich könnte jetzt sagen: Punkt! Ich mache hier Schluss. Aus diesem Grund lehnen wir Ihren Antrag ab. – Aber ich werde noch einmal erklären, wie das Schmerzkriterium in die tierschutzrechtlichen Kontrollen einfließt.

Die Tierschutzgesetzgebung zielt darauf ab, Schmerzen, Leiden und Schäden bei Tieren zu vermeiden. Das Tierschutzgesetz verbietet es generell, Tieren ohne vernünftigen Grund – ich habe es gesagt – Schmerzen, Leiden oder Schäden zuzufügen. Bei Tierschutzkontrollen werden Verstöße gegen die Vorgaben der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung erfasst und Maßnahmen eingeleitet bzw. durchgeführt, auch wenn bei den Tieren noch keine Schmerzen festgestellt wurden. Wenn aber Schmerzanzeichen festgestellt werden, liegen in der Regel Verstöße gegen die Haltungsvorgaben der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung vor, entweder, weil die Haltung nicht passt oder weil das Gebot, den Tierarzt hinzuzuziehen, nicht eingehalten wurde. Weitere

Gründe können ein Unfall oder eine akute Erkrankung sein. Die Abstellung der die Schmerzen verursachenden Mängel muss durch den Tierhalter oder Betreuer sofort erfolgen.

Genauso ist es, wenn bei der Kontrolle Verstöße gegen Haltungsvorgaben festgestellt werden. Eine Grundlage der Kontrolle allen Handelns ist es, auf die Tiergesundheit zu schauen, und die Einschränkung Nummer eins bei der Tiergesundheit ist der Schmerz.

Die Beurteilung des Vorliegens von Schmerzen ist eine Routineaufgabe von Tierärzten. Das heißt, bei jeder Kontrolle achtet der Amtstierarzt routinemäßig auf Schmerzen, Leiden oder Schäden bei Tieren. Das ist eine Selbstverständlichkeit, das ist die Grundlage.

Wir Tierärzte werden schon in der Propädeutik, aber auch im weiteren Verlauf des Studiums in den Fächern Physiologie und Verhaltenskunde zu den entsprechenden Inhalten geschult. Das ist auch Inhalt des Staatsexamens, das wir ablegen. Die Schmerzbeurteilung ist das A und O des tierärztlichen Handelns. Wer das im Studium nicht kapiert, der besteht das Staatsexamen nicht. Die Amtstierärzte werden zu dem Thema Schmerzen und Leiden bei Tieren zusätzlich aus- und fortgebildet. Diese besondere Expertise zu dem Thema "Schmerzen, Leiden, Schäden" ist für die Einordnung eines Tierschutzverstoßes von höchster Bedeutung.

Wie Sie es schon gesagt haben: Die stillen Dulder, unsere Patienten, können nicht sagen, wo es ihnen wehtut. Die stillen Dulder müssen wir anhand von Anzeichen erkennen. Ein Beispiel ist schon genannt worden: das Schmerzgesicht bei Rind, Schaf und Schwein. All das wird selbstverständlich als Teil der Kontrolle sofort geprüft. Der Tierarzt ist nicht nur in der Kontrollsituation der berufene Schützer der Tiere. Amtstierärzte stehen auch beim Vollzug bzw. vor Gericht im Feuer. Genau dort, bei der Abgabe des Gutachtens vor Gericht, ist das Thema Schmerzeinordnung das A und O.

Ich wiederhole: Verstöße gegen den Tierschutz sind nicht hinnehmbar. Es ist Aufgabe der Überwachungsbehörden, diese festzustellen und im Vollzug abzustellen. Dabei wird das geeignete, erforderliche und angemessene Mittel gewählt. Wir lehnen diesen Antrag ab. Er läuft ins Leere, weil all das gemacht wird. Außerdem würde der Antrag zu mehr Dokumentationspflichten führen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung hat der Kollege Knoblach das Wort.

Paul Knoblach (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Kollegin Dr. Loibl, ich glaube, ich muss es nicht eine Unterstellung nennen. Ich bin überzeugt davon: Sie wollen wie ich das Beste für unsere Tiere. Dennoch – und der Unterschied fängt auch gleich hier an – ist es so: Seit wir uns kennen, solange wir in verschiedensten Ausschüssen miteinander diskutieren, tun wir das unter völlig unterschiedlichen Vorzeichen, und das erstaunt mich. Das wird wohl auch weiter so bleiben, das wird sich nicht so einfach auflösen lassen. Ich kann mir das schon erklären, will es aber heute nicht erwähnen.

Aber jetzt zu meiner Frage: Sind Sie wirklich der Meinung, dass ich als GRÜNER derjenige bin, der für Skandale in den Ställen und auf den Weiden hier in Bayern sorgt? – Ich glaube nicht. Ich bin überzeugt, ich bin es nicht. Es passieren schlimme Dinge, häufig verbunden – und das erwähne ich sehr oft – mit ganz großem menschlichen Leid. Aber bis heute erlebe ich keine vernünftige Reaktion aus den zuständigen Häusern, nicht aus der Staatskanzlei, –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Paul Knoblach (GRÜNE): – nicht aus dem Haus Glauber und nicht aus dem Haus Kaniber. Das ist der Skandal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Petra Loibl (CSU): Lieber Kollege, genau hiermit haben Sie es wieder bestätigt. Genau hiermit haben wir den Skandal. Wir alle sind interessiert an einer Lösung. Aber wenn wir Woche für Woche in allen Gremien, in denen wir gemeinsam sind, immer wieder von vorne anfangen, dann kommen wir zusammen nicht weiter.

(Zuruf des Abgeordneten Paul Knoblach (GRÜNE))

Konstruktiv sollten wir arbeiten, aber nicht so, dass wir allen die Freude an ihrer Arbeit vermiesen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächste Rednerin hat die Kollegin Christin Gmelch für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Christin Gmelch (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Wir haben mit Verwunderung den Antrag der GRÜNEN zur Kenntnis genommen, einen Antrag, der zeigt, wie wenig Vertrauen diese Partei in die Kompetenz unserer bayerischen Landwirte und in unsere Veterinärbehörden hat. Der vorliegende Antrag, "Tierschutz in der Nutztierhaltung durchsetzen – Schmerzen bei Tieren erfassen und ihre Ursachen beseitigen", erscheint auf den ersten Blick als sinnvolle Ergänzung. Tatsächlich ist er jedoch in der Praxis völlig überflüssig; denn entgegen der Annahme der GRÜNEN gibt es in Bayern längst flächendeckende, engmaschige und professionelle tierschutzrechtliche Kontrollen. Zum Beweis: Unsere 96 bayerischen Veterinärämter führen jährlich rund 27.000 tierschutzrechtliche Kontrollen durch.

Selbstverständlich sind alle Veterinäre auf die Erkennung von Schmerzen, Leiden und Schäden bei allen Nutztierarten geschult, so wie die GRÜNEN offenbar darauf geschult sind, Dinge zu suggerieren, die fachlich jeder Grundlage entbehren. Sogar im Umweltausschuss hat Ihnen ein Vertreter der Veterinärämter die Faktenlage dargelegt. Sie wurden umfassend aufgeklärt über das Tierschutzgesetz, die Tierschutz-Nutztier-

haltungsverordnung sowie ergänzende Leitlinien und Handlungsempfehlungen für die Beurteilung von Schmerzsymptomen bei Kühen, Schweinen oder Geflügel. Über 600 speziell ausgebildete Amtstierärzte sind bayernweit im Einsatz. Sie sind in ständiger Fort- und Weiterbildung, wie es auch der jährliche Bericht der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft belegt.

(Beifall bei der AfD)

Ihr Antrag ist ein Schlag ins Gesicht dieser Menschen, deren fachliche Eignung Sie mit diesem Antrag öffentlich anzweifeln. Die GRÜNEN ignorieren dabei geflissentlich, dass auch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit, EFSA, und das Bundeslandwirtschaftsministerium im Jahr 2024 bestätigt haben, dass das bayerische Kontrollsyste eines der engmaschigsten und wirksamsten in Deutschland ist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU – Zuruf von der CSU: Gibt es keinen Applaus?)

Von wegsehen kann keine Rede sein. Allein 2023 wurden in Bayern über 2.600 tierschutzrechtliche Verfahren eingeleitet. Es wurden 430 Bußgelder und zahlreiche Tierhalteverbote verhängt. Wir können auf den vorliegenden Symbolantrag gerne verzichten; denn am Ende ist er für die GRÜNEN nur ein weiterer Anlass, um gezielt unsere Landwirte unter Generalverdacht zu stellen. Statt auf Wertschätzung und vertrauensvolle Zusammenarbeit setzen Sie wieder einmal auf neue Auflagen, auf noch mehr Bürokratie und Misstrauen. Sie legitimieren damit indirekt das Werk von Verbrennern, die im Namen eines angeblichen Tierschutzes in Stallanlagen einbrechen, die Privatsphäre unserer Landwirte verletzen und diese öffentlich demütigen wollen.

Nein, die GRÜNEN wollen nicht mehr Tierwohl, sie wollen mehr Kontrolle und Gängelungen. Deshalb lehnen wir diesen anlasslosen und praxisfernen Antrag ab. Schützen wir Landwirte und Tiere,

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Da sind Sie die Spezialisten!)

und hören Sie auf, unsere bayerische Landwirtschaft und Veterinäre immer wieder unter Generalverdacht zu stellen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Benno Zierer für die FREIE WÄHLER.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wenn von den GRÜNEN etwas zum Thema Nutztierhaltung kommt, dann geht es immer um mehr Kontrollen, um mehr Aufsicht, um noch mehr Bürokratie. Wir wissen ja: Herr Knoblach würde am liebsten neben jeden Bauern einen Kontrolleur stellen,

(Zuruf von den GRÜNEN: Was macht ihr?)

aber das müssten wir dann in vielen Lebensbereichen machen, in denen Menschen mit Tieren arbeiten.

In Ihrem Antrag fordern Sie, dass eine neue Prüfroutine erprobt und eingeführt wird, um Schmerzen bei Tieren besser erkennen zu können. Aber meine Kollegin, Amtstierärztin Loibl, hat ja sachlich ausgeführt, wohin die Ausbildung bei den Tierärzten geht.

Ich glaube, wir sind uns hier im Haus alle darüber im Klaren: Solange Menschen mit Tieren arbeiten, wird es immer Fehler geben, wird es immer Dinge geben, die wir nicht wollen. Aber das ist in der Nutztierhaltung genau dasselbe, wie wenn irgendjemand daheim drei Hunde hat. Wir werden es nie schaffen, das Ganze mit unserer Regelungswut einzuschränken. Das werden wir nicht schaffen.

Die Unterstellungen, die im Ausschuss gegenüber den Tierärzten und auch gegenüber den Amtstierärzten geäußert worden sind, dass sie ihren Job nicht richtig machen, waren fast eine Ohrfeige gegenüber diesen Herrschaften. Sie sind aber genau diejenigen – der Haustierarzt, die Amtstierärzte und die Kontrolleure –, die die Landwirte unterstützen. Selbstverständlich gibt es Situationen, in denen man sagt: So etwas

dürfte nie passieren. Da gebe ich Ihnen absolut recht. Aber ich kann nicht Tag und Nacht kontrollieren. Wo fängt man an, und wo hört man auf?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir brauchen auch eine andere Denkweise gegenüber großen Einrichtungen. Selbstverständlich werden wir in Zukunft Ställe bauen und auch bauen müssen. Sie müssen moderner sein. Wir müssen die Landwirte bei ihrer Arbeit mehr begleiten und die Nachbarschaft zum Unterstützen anhalten, wenn man merkt, die Leute sind überfordert. Dann muss man einschreiten. Das tut man aber nicht mit einem Antrag, wie Sie ihn hier eingebracht haben.

Es tut mir leid, wir werden Ihren Antrag ablehnen. Wir lehnen ihn zu Recht ab, weil die Kontrollen ausreichend sind. Es wird immer wieder Ausreißer geben. Lassen Sie die Hetzerei. Sagen Sie es doch ehrlich: Eigentlich wollen Sie ein Volk von Vegetariern.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Steter Tropfen höhlt den Stein. Sagen Sie es halt, dann wären Sie einmal ehrlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegen zwei Meldungen zu einer Intervention vor. – Die erste kommt vom Kollegen Paul Knoblach.

Paul Knoblach (GRÜNE): Herr Kollege Benno Zierer, ich fordere Sie auf, mir wortwörtlich vorzulesen oder aus Ihrem Gedächtnis zu sagen, wo ich in meiner Rede, bei meinem Vortrag, Tierärztinnen oder Tierärzte schlechtgeredet oder ihre Arbeit schlechtmachend dargestellt habe. Bitte erklären Sie mir, wo und wie ich das wörtlich erwähnt haben soll.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Knoblach, wir können zwischen den Zeilen hören.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das ist ja lächerlich!)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Meldung zu einer Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Florian von Brunn von der SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Benno Zierer, ich habe der Frau Loibl, der Rednerin der AfD und auch dir gut zugehört. Ich stelle fest: Es kommen keinerlei Lösungsvorschläge. Wir haben zusammen den Untersuchungsausschuss "Bayern-Ei" durchgeführt. Wir haben im Umweltausschuss über den Tierschutzskandal von Bad Grönenbach gesprochen. Ich wundere mich schon, dass ihr von den Regierungsfraktionen eigentlich nur den vermeintlichen politischen Gegner beschimpft und Unterstellungen macht. Wir haben in Bayern einen Tierschutzskandal nach dem anderen. Was ist denn euer Lösungsweg? Dazu habe ich bisher noch kein einziges Wort gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Es ist gut, dass solche Dinge, die in Betrieben passiert sind, auch veröffentlicht werden. Das ist selbstverständlich. Dann wird noch genauer hingeschaut. Ich glaube, die Kontrolleurinnen und Kontrolleure, die draußen bei den Landwirten unterwegs sind, kritisieren nicht nur, sondern beraten die Landwirte auch. Es gibt aber viele Dinge, die wir leider auch mit Kontrollen nicht in den Griff kriegen. Ich habe es vorher gesagt: Es gibt im Haustierbereich genauso Probleme, egal, wohin man schaut. Wir sehen solche Probleme auch bei Menschen, dass es auch unter ihnen in verschiedenen Berufsgruppen Versager gibt. Auch das kriegen wir nicht alles in den Griff. Wir werden auch damit leben müssen, dass wir mit so etwas immer wieder konfrontiert werden, wenn Menschen überlastet sind. So etwas geschieht, wenn Menschen den Blick fürs Tierwohl nicht haben. Daran müssen wir arbeiten. Das können wir sicherlich in Zukunft noch mehr tun, indem wir Tierhalter zusätzlich mit den Amtstierärztinnen und Amtstierärzten schulen. Für sie können wir Veranstaltungen machen. Aber immer nur noch mehr Kontrollen zu fordern, das wird das Problem nicht beheben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste spricht die Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen! 30 tote, 175 unterernährte und kranke Rinder in einem einzigen Betrieb wurden bei einer Kontrolle im Oberallgäu entdeckt. 30 tote und zahlreiche halbverhungerte Rinder wurden im Landkreis Sonthofen, ebenfalls im Oberallgäu, entdeckt. 14 tote Rinder und 3 tote Schafe wurden im Landkreis Rosenheim bei einer Kontrolle aufgefunden. 9 tote Rinder plus eine Kuh, die noch vor Ort eingeschläfert werden musste, wurden in Bad Aibling entdeckt. 80 tote Ziegen wurden auf einem Hof am Ammersee entdeckt. Die Tiere waren verwahrlost, sind verendet und waren ohne jede tierärztliche Versorgung. Soll ich weiter aufzählen, oder reichen Ihnen diese negativen "Highlights" der Tierschutzskandale, die sich allein in diesem Jahr ereignet haben? Diese Zahlen sollten uns allen zu denken geben. Heute geht es um nicht weniger als um den Schutz derer, die selbst keine Stimme haben, nämlich unsere Nutztiere.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Es geht um Tiere, die nicht sagen können: "Ich habe Schmerzen." Es geht um Tiere, deren Zustand wir nicht übersehen können, wenn wir das Problem ernst nehmen.

Der vorliegende Antrag der GRÜNEN will etwas, das eigentlich längst selbstverständlich sein sollte, nämlich Schmerzen bei Tieren systematisch zu erkennen und abzustellen. Das soll nicht "irgendwann" und nicht "vielleicht" geschehen, sondern verbindlich. Ich stelle für die SPD-Fraktion klar: Wir werden diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Das Tierschutzgesetz schreibt schon heute vor: Vermeidbare Schmerzen zuzufügen, das ist verboten. Aber was nützt denn ein gutes Gesetz, wenn die Vollzugsbehörden am Problem vorbeischauen? Solange sich unsere Kontrollen fast ausschließlich auf

Stallmaße, Luftzufuhr, Beleuchtung und Bodenbeläge konzentrieren, aber nicht auf das Tier selbst, bleibt das Gesetz ein gutgemeinter Anspruch, aber kein Schutzschild.

Wir alle kennen doch die Bilder dieser Skandale sowie auch das Muster. Ein Skandal jagt den nächsten. Erst vorgestern gab es wieder einen Bericht in der "Süddeutschen Zeitung". Ein großer Schweinemastbetrieb im Unterallgäu ist diesmal betroffen. Die Soko Tierschutz hat aufgedeckt: Es gibt dort schwerverletzte Tiere, offensichtliches Leid und trotzdem monatelang keine Konsequenzen.

Ein anderer Fall ereignete sich wieder in Bad Grönenbach. Es gab mehrere Kontrollen und bei jeder Kontrolle keine Beanstandung. Das setzte sich so lange fort, bis wieder einmal nicht der Staat, sondern eine Tierschutzorganisation Alarm schlug. Man hätte einfach mal genauer hinschauen müssen, und zwar nicht auf den Stall, sondern auf die Tiere. Und genau das fordert dieser Antrag. Tiere sollen als fühlende Wesen ernst genommen werden. Sie sollen nicht nur als Produktionsfaktoren und nicht nur als Nummer im Bestand gesehen werden. Es geht uns auch um die Veterinärinnen und Veterinäre, die künftig auch sichtbare Schmerzsymptome erfassen sollen. Sie sollen Lahmheiten, Verletzungen und Verhaltensauffälligkeiten erfassen. Das ist weder ideologisch noch überzogen, sondern das ist geltendes Recht.

Der Antrag macht nicht das Gesetz strenger, sondern den Vollzug wirksamer. Selbstverständlich schlagen manche Landwirtschaftsverbände Alarm. Sie sagen: Mehr Bürokratie, mehr Aufwand, mehr Kosten. – Wer aber Tierhaltung ernst nimmt, darf Tierleid nicht billigend in Kauf nehmen.

Wir als SPD haben in den letzten Jahren immer wieder Anträge gestellt, um den Tierschutz zu stärken. Wir haben gefordert: bessere Kontrollen, mehr Transparenz und einen konsequenten Vollzug. Was war die Antwort der Staatsregierung auf unsere Forderung? – Es gab Ablehnung um Ablehnung, weil man lieber "Team Landwirtschaft" als "Team Tierschutz" ist. Diesen Schutz verdienen die vielen anständigen Bäuerinnen und Bauern, die Tag für Tag hart arbeiten, ihre Tiere gut versorgen, ihre

Ställe sauber halten und zu Recht fordern, dass ihre Arbeit nicht durch schwarze Schafe entwertet wird.

Ein funktionierender Tierschutz hilft nicht nur den Tieren, sondern stärkt auch die Glaubwürdigkeit der Landwirtschaft. Er hilft, das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zurückzugewinnen. Das brauchen wir. Deshalb sage ich Ihnen: Hören wir auf wegzuschauen! Hören wir auf, uns mit Formalien zufriedenzugeben. Sorgen wir für einen Tierschutz mit Augenmaß!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt zwei Meldungen zu einer Intervention vor. – Die erste kommt von der Abgeordneten Dr. Petra Loibl.

Dr. Petra Loibl (CSU): Geschätzte Kollegin Müller, ich gehe jetzt nicht auf Ihre Äußerung zu "Team Landwirtschaft" und "Team Tierschutz" ein, sondern stelle Ihnen eine konkrete Frage: Was glauben Sie, woran es bei einem Tierschutzverstoß festgemacht wird, ob es eine Ordnungswidrigkeit oder eine Straftat ist? Was meinen Sie, an welchen Kriterien wird das festgemacht? Das steht in § 17 des Tierschutzgesetzes.

Ruth Müller (SPD): Liebe Kollegin Petra Loibl, selbst Ihre Landwirtschaftsministerin hat gesagt, dass wir hinschauende Systeme brauchen und dass wir in den Dörfern eine Kultur brauchen, die auf die Schutzverstöße aufmerksam macht. Wir sind der Meinung: Es braucht nicht nur Nachbarn, die aufmerksam sind, sondern auch Veterinärinnen und Veterinäre, die dafür sorgen, dass unsere Bäuerinnen und Bauern die notwendige Unterstützung für die ordnungsgemäße Haltung von Tieren bekommen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist keine Antwort!)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Intervention kommt von der Kollegin Gabi Schmidt.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Liebe Ruth, ich möchte auf die Bemerkung eingehen, wir entscheiden uns für "Team Landwirtschaft" und gegen "Team Tierschutz". Ich möchte dagegen betonen: 99,99 % unserer tierhaltenden Landwirte sind "Team Tierschutz". Sie machen das seit Generationen sehr gut. Deshalb sind wir auch so gut in der Tierhaltung. Da gibt es keinen Unterschied.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir leben von unseren Tieren und leben mit unseren Tieren. Wenn es Verstöße gegen das Tierschutzgesetz gibt, dann muss man genauso aufmerksam bei der Haltung eines Bernhardiners im fünften Stock eines Mietshauses in München sein. Auch in solchen Fällen muss kontrolliert werden, ob tier- und artgerecht mit dem Tier umgegangen wird.

In den meisten Betrieben, wo etwas falsch lief, ist manches durch Krankheit entstanden. Manches geht auch auf Profitgier zurück. Die Betriebe, in denen es Verfehlungen gegeben hat, sind alle angezeigt worden.

Ich betone: Landwirtschaft ist Tierschutz. Beide lassen sich nicht auseinanderdividieren. Das kann man nicht machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Frau Kollegin Müller.

Ruth Müller (SPD): Liebe Kollegin Gabi Schmidt, ich glaube, es bringt nichts, wenn wir jetzt den Bernhardiner im fünften Stock mit toten Rindern im Allgäu vergleichen. Dadurch relativieren wir das eine und machen das andere nicht besser. Letztlich geht es beide Male um Tiere, um Tierschutz und um artgerechte Haltung. Weder der Bernhardiner im fünften Stock wurde artgerecht gehalten noch die Tiere, die ich vorhin genannt habe, die in ihrem eigenen Dreck verendet sind.

Ich denke, wir sind uns einig, dass es uns um den Tierschutz geht, egal wo dieses Tier lebt, ob auf einem großen Bauernhof, auf einem kleinen Bauernhof oder bei einem privaten Tierhalter. Wer gegen den Tierschutz verstößt, gehört angezeigt, unabhängig davon, wo dieses Tier lebt und wer der verantwortliche Halter ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.